

Herr Gleß gab zunächst einen Überblick über die Vorgeschichte der Planung des Karl-Gatzweiler-Platzes.

Es habe begonnen, als man sich mit der Bürgerschaft zusammengesetzt und den Masterplan Urbane Mitte (MuM) erstellt hat. Damals habe man sich mit der Politik, der Bürgerschaft und vielen Experten zusammengesetzt und über die Zukunft des Zentrums unterhalten. Aus diesem hohen Maß an Bürgerbeteiligung sei letztendlich der MuM entstanden.

Der HUMA-Einkaufspark sei einer der Bestandteile des MuM, der umgesetzt worden ist.

Daneben gebe es noch einige andere Bestandteile, wie die Hochschule, die fertigen Gebäude auf dem ehemaligen Tackegelände usw. .

Die Maßnahmen auf den privaten Grundstücken seien jetzt alle sukzessive in der Umsetzung.

Was immer noch gefehlt habe, sei die Verbindung zwischen den Nahtstellen dieser privaten Grundstücke, die jetzt bebaut würden, und dem öffentlichen Raum.

Also sei die Frage zu beantworten, was mit dem öffentlichen Raum geschieht. Aus dem Erfordernis heraus, diesen öffentlichen Raum zu überplanen und mit Lösungen zu versehen, sei letztendlich das Integrierte Handlungskonzept, heute: „Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept“ (ISEK) entstanden. Auch das ISEK sei mit einem recht hohen Maß an Bürgerbeteiligung versehen gewesen. Man habe auch hier mindestens zwei Veranstaltungen gehabt und Pläne auf der Homepage veröffentlicht.

Dazu hätten natürlich immer diese Bereiche wie Campus Magistrale, Jugendzentrum und viele andere gehört. Und wiederum aus diesem Zusammenspiel von Bürgerbeteiligung und Verwaltungsarbeit sei ein Grundförderantrag mit verschiedenen Bestandteilen entstanden, der bei der Bezirksregierung (BR) gestellt wurde. Mit diesem Grundförderantrag sei nachgewiesen worden, dass es jetzt wichtig ist, das Stadtzentrum aufzuwerten. Es sei nicht nur der private Raum mit Bauwerken zu belegen, sondern auch der öffentliche Raum so nachzurüsten, dass daraus ein großes Gesamtbild wird.

Aufgrund dieses Nachweises sei es dann auch gelungen, Fördergelder für ein Jugendzentrum zu erhalten, von dem man sich ansonsten hätte verabschieden müssen. Man habe bereits Pläne in der Tasche gehabt, was in 2018 nach der Brandschau/wiederkehrenden Prüfung auf dem Gelände passieren würde.

Die Bezirksregierung und die Landesregierung hätten insofern anerkannt, dass hier ein Handlungserfordernis besteht, in städtebaulicher Hinsicht, aber auch in funktionaler Hinsicht. Weitere Bestandteile des ISEK und des Grundförderantrages seien auch das Rhein-Sieg-Gymnasium und das Rathaus gewesen, aber auch der klassische öffentliche Verkehrsraum, wie die Südstraße, die sog. Campus Magistrale, die Verteilerplätze rund um das RSG und das Herzstück von allem: Der Karl-Gatzweiler-Platz.

Von der Systematik her sei es erforderlich, für jeden einzelnen dieser Bestandteile jeweils für die entsprechenden Programmjahre in der Städtebauförderung entsprechende Einzelanträge zu stellen und diesen Grundförderantrag mit Leben zu füllen.

Einer davon sei beispielsweise der Antrag für das Jugendzentrum gewesen.

Für die Campus Magistrale habe man den Förderantrag im Oktober 2017 erhalten.

In der logischen Konsequenz stehe jetzt die Antragstellung für den Karl-Gatzweiler Platz an.

Man habe hiermit bis zum Jahr 2017 gewartet bis der HUMA-Einkaufspark fertig ist, um dann hier entsprechend anschließen zu können.

Man müsse für das Programmjahr 2018 den entsprechenden Antrag bis zum 22. Dezember 2017 stellen, in der Hoffnung, dass man dann in dem Programmjahr 2018 das gewünschte Ergebnis erzielt.

Im übernächsten Programmjahr stehe dann übrigens das RSG an. Die übrigen Programmbestandteile seien bekannt.

Man spreche nun über das räumlich funktionale Herzstück, nämlich den Karl-Gatzweiler-Platz. Darüber sei jetzt zu reden, die nächste zu Stufe zünden und zuzusehen, dass man auch dafür eine entsprechende Bewilligung bekommt.

Dies sei eine einmalige Chance. Er glaube nicht, dass man noch einmal die Chance bekommt, unter Inanspruchnahme von Städtebaufördermitteln, mit einer Förderung von 70%, sich mit der Zukunft des zentralen Platzes zu beschäftigen.

Herr Kallenbach erläuterte anhand von Plänen die Entwürfe (Varianten 1 – 3) für die Umgestaltung des Karl-Gatzweiler-Platzes. Ausgangspunkt war hier die Variante 0, einem Vorentwurf für den Grundförderantrag.

Vorab wies er allerdings darauf hin, dass es sich bei der Beratung im Zentrumsausschuss um eine Vorberatung für den Rat am 06.12.2017 handelt und bei der Beschlussfassung um eine Beschlussempfehlung an den Rat am 06.12.2017. Dies sei aus der Sitzungsvorlage nicht genau ersichtlich.

Es handele sich hier um ein Betonbauwerk, welches als Brückenbauwerk einzustufen ist. Daher habe man Anfang 2017 die Prüfung des Bauwerks in Auftrag gegeben. Anfang der Sommerferien habe man das Ergebnis bekommen, dass die Abdichtung in Ordnung ist, man mit der Statik weiter bauen kann und durch die Eingriffe von oben keine Nachteile zu erwarten hat. Man habe ausgeschlossen, dass man oben neu baue und dann nach einiger Zeit eine Undichtigkeit auftritt, weil die Abdichtung vorgeschädigt war. Dies habe man im Vorfeld ausgeschlossen. Das bedeute, dass man an der Oberfläche arbeiten kann, ohne mit weiteren Konsequenzen zu rechnen.

Er schilderte die Besonderheiten der einzelnen Varianten.

Die Vorteile der Vorzugsvariante, der Variante 1 seien folgende:

Die alte Brunnenanlage kann teilweise erhalten bleiben, insbesondere der Teil mit der Stadtstele von Johannes Reinarz (Kreuz). Der lange Wasserlauf muss gekürzt werden. Das Auffangbecken wird optimiert und auf den gekürzten Wasserlauf angepasst. Außerdem hat man einen Bestandsschutz und braucht keine aufwendige neue Filtertechnik. Diese Variante stellt einen Wiedererkennungswert zur alten Situation dar. Fahrradabstellplätze sind vorhanden. Das Denkmal des Augustinus verbleibt dort, wo es ist.

Herr Günther erläuterte die Schwierigkeiten seiner Fraktion mit der Vorzugsvariante. Man habe dem Gesamtförderplan zugestimmt, weil man davon ausging, dass die Gesamtflächen in den Zwischenräumen unterschiedliche Qualität haben, unterschiedlichen Ausführungen natürlich auch vereinheitlicht werden und, sofern sie noch in einem akzeptablen Zustand sind, auch ins Gesamtbild eingefügt werden sollen, also auch eine gewisse Auffrischung benötigen. Man habe damals aber immer darauf gedrungen und darauf bestanden, dass man im Sinne einer Kostenreduzierung im Rahmen des Haushalts 16/17, gerade bei den drei Projekten Südstraße, Karl-Gatzweiler-Platz und den Plätzen und Wegen, deutliche Einsparungen vornimmt. Man habe jetzt eine Einsparung im Vergleich zur ursprünglichen Fassung, zur Variante 0, von ungefähr 10% bei den Baukosten. Das sei nicht der Betrag, der einmal im Raum stand, auf den man hinarbeiten wollte. Im Rahmen des Doppelhaushaltes sei deutlich geworden, dass man in Schwierigkeiten

kommt. Deswegen sei es auch wichtig, in gewisser Weise zu sparen. Man habe auch versucht, andere Bereiche hervorzuheben und auch näher an die Lebenswirklichkeit der Menschen heranzukommen als durch ein städtebauliches Projekt. Deswegen habe er dann auch in dem Gespräch, das im HUMA-Raum stattgefunden hat, darum gebeten, eine detaillierte Auflistung der Preise für die einzelnen Module zur Verfügung zu stellen. Damit meine er jetzt nicht die drei Module Karl-Gatzweiler-Platz, Brücke und Zuwegung zur Adenauer-Stiftung, sondern beispielsweise den Spielplatz, die Erweiterung der hochgelegenen Flächen, das Wasserspiel, um damit dann spielen zu können, diskutieren zu können, in welchem Maße man den Anspruch, deutliche Ersparnisse für den Haushalt zu generieren, auch gerecht wird. Man habe das am Vortag in der Fraktion diskutiert sei ziemlich einhellig der Meinung gewesen, dass man insbesondere auf den Vorzug oder der teilweisen Aufhöhung des Innenbereiches auf das Niveau HUMA verzichten und sich vorrangig auf Auffrischung des jetzt vorhandenen Bauwerks konzentrieren soll. Er sehe von seinem Bürozimmer aus den ständigen Betrieb auf der Marktplatte und habe den Eindruck gewonnen, dass insbesondere durch die Gastronomie der Platz eine Aufwertung bekommen hat. Weniger vermutlich durch ein etwas aufwendigeres Facelifting. Das sei sein Eindruck und er wolle darauf drängen, zumindest heute nicht darüber zu entscheiden. Er wolle auch um Antwort auf die gestellten Fragen bitten, die an die Fraktionen gegangen seien und die auch die Verwaltung bekommen habe, und auch um detaillierte Kostenaufstellungen für die einzelnen Module.

Der Vorsitzende gab zu Bedenken, dass der Platz jetzt so gestaltet werden müsse. Nachdem auch HUMA einen nicht unbeträchtlichen Betrag in die Hand genommen hat, habe man nun die Aufgabe, ergänzende Maßnahmen zu ergreifen. Er sehe dies nicht nur unter reinen Haushaltsgesichtspunkten, sondern ob es das wert ist. Ob man sich das leisten kann, sei dann ein weiterer Gesichtspunkt, den man im Auge behalten müsse. Es seien Varianten vorgeschlagen, aber es seien keine endgültigen Varianten, die man hier beschließe. Es sei sehr gut vorbereitet worden. Es sei sicherlich noch eine Modifizierung nötig, man solle sich da auch nicht verstecken. Man müsse etwas in die Hand nehmen und etwas bieten.

Herr Gleß erläuterte, dass die Verwaltung die Vorzugsvariante vorschlage, weil sie davon überzeugt sei, dass es die richtige Variante ist. Dies sei die Variante 1 und diese werde vorgeschlagen. Auch, wenn er es selten in öffentlichen Sitzungen tue, bedanke er sich ausdrücklich bei Herrn Kallenbach und Frau Lorenz für die gute Vorarbeit, die über die Zeitdauer eines Jahres geleistet wurde. Denn er glaube, dass es von hervorragender Güte erarbeitet worden ist. Nicht nur, was die einzelnen Varianten betrifft, sondern auch die Möglichkeit, innerhalb dieser Varianten noch ein Stück weit zu spielen. Der modulartige Aufbau, der präsentiert werde, sei schon im Arbeitskreis präsentiert worden. Auf Seite 21 der Einladung, Seite 4 der Vorlage, sei ersichtlich, was die Module kosten.

Die Fragen der Fraktion Bündnis90/Die Grünen seien übrigens auch beantwortet. Sie seien aber erst heute eingegangen. Man habe sie aber trotzdem beantwortet und an alle Fraktionen versandt. Und wenn sie digital versandt worden seien (ja), seien sie anscheinend auch angekommen.

Er wolle noch einmal Werbung machen an dieser Stelle. Es gehe nicht darum, dass man den oberen Teil des Marktplatzes betrachtet und feststellt, es ist schön, dass sich dort Gastronomie angesiedelt hat, die Menschen dort sitzen und der ganze Rest fällt hinten runter.

Es gehe um die Symbiose zwischen dem öffentlichen und privaten Raum. Der müsse zusammenwachsen, zusammengehören und eine Einheit bilden. Und nur so gelinge es, dass das Ziel, Urbanität ins Zentrum hereinzubringen, auch erreicht und dort Veranstaltungen durchgeführt werden.

Wenn man vom Rathaus zur Bahn oder zum HUMA-Einkaufspark gehe, habe man keine gestalterische Einheit. Er werde des Öfteren noch gefragt von Geschäftsleuten, wann denn der Marktplatz angepackt wird und dahinkommt, da endlich Veranstaltungen durchführen zu können.

Insofern sei die Variante 1, auch eine Variante, die aus dem Ziel resultiert, auf dem Marktplatz Veranstaltungen stattfinden zu lassen. Deswegen müsse sie veranstaltungsgerecht ausgeformt werden, mit allem Drum und Dran, aber immer in Symbiose mit dem privaten Raum. Es gehe um eine gemeinsame Bewirtschaftung.

Damit könne man ein Zeichen setzen, dass auch dort die Zukunft begonnen hat. Man solle sich einmal die schiefen Laternen anschauen, die da stehen, und die Spielgeräte, die in die Jahre gekommen sind. Er glaube nicht, dass das das Erscheinungsbild ist, das man sich vom zentralsten Platz vorstellen kann.

Herr Heikaus teilte mit, dass seine Fraktion Aufbruch! die Vorzugsvariante 1 mit beschließen werde. Hinsichtlich der dritten Ebene Aufzuges wollte er jedoch noch wissen, wo denn die Anbindung sein wird.

Herr Kallenbach erläuterte, dass eine Ebene die Ebene mit den Stellplätzen (Tiefgarage) sei, die zweite Ebene sei die Ebene zum Eingang Rathaus und vom Rathaus aus gehe es ja noch mal ein paar Stufen höher. Das sei die 2. Tür, die man dann brauche, um hinten herausgehen zu können und die Barrierefreiheit zu erreichen.

Frau Feld-Wielpütz bedankte sich bei Herrn Gleiß, Herrn Kallenbach, Frau Lorenz und dem ganzen Team. Das sei sicherlich viel Arbeit gewesen. Jemand, der irgendwo im Baubereich zu Hause ist, wisse, was es heißt, diese verschiedenen Pläne zu erarbeiten. Es sei so ein bisschen untergegangen, dass es auch noch diese Geschichte mit dieser Frischwasserverordnung gegeben habe. Hier habe man sich stark eingesetzt. Die Variante „Marktplatzerneuerung“ sei im Bürgerforum vorgestellt worden. Dabei sei noch diese Wasserfontäne gewesen. In ihrer Fraktion sei man, auch vor dem Hintergrund der Kosten, auch zu der Vorzugsvariante gekommen. Die Analyse, die durchgeführt worden sei, sei sehr gut gewesen, weil sie sehr transparent und sehr gut nachvollziehbar ist. Sie möge auch betonen, dass man zu dem Zeitpunkt, zu dem man überhaupt über diese Planungen nachgedacht habe, damals in einer Situation, gewesen sei, alles über den städtischen Haushalt abbilden zu müssen. Man habe zwar mit HUMA schon mal die Möglichkeit gehabt, dass man die angrenzende Bebauung gesehen habe. Aber es sei immer der Marktplatz geblieben. Lange Jahre habe man überlegt, wie man das abbilden kann. Es sei schlechterdings nicht machbar gewesen. Dann, dank des Engagements der Verwaltung, habe man diese Fördermittel bekommen. Man sei jetzt in einem Bereich, wo man sagen könne, es ist eingespart worden, nämlich von den ursprünglichen 3,1 Mio € auf die jetzt hier dargelegten 2,5 Mio €. Dies seien 20%. Natürlich gebe es den Eigenanteil von 30%, dies seien rd. 750.000,-- €. Man sei bereits in Vorleistung getreten mit dieser hervorragenden Planungsleistung. Man sei immer davon ausgegangen, dass man sich innerhalb der Politik einig ist und dass man im Rat und der Verwaltung etwas leisten muss für die Bürger dieser Stadt. Damit man eben auch in der Heimat auf dem Marktplatz Veranstaltungen besuchen kann, in der Nähe.

Es sei viel Geld, das ausgegeben wird. Fördermittel seien auch Steuergelder. Dies könne sie alles nachvollziehen.

Der Marktplatz sei das letzte Mal vor 20 Jahren saniert worden. Das bedeute, über kurz oder lang werde hier doch ohnehin wieder etwas anstehen. Man müsse doch auch hier nachhaltig denken. Das sei doch auch ein Aspekt, der mit in die Betrachtung einfließen müsse. Andererseits sei es mehr als Facelifting. Das habe sich bei ihr so ein bisschen despektierlich angehört. Sie halte diesen Aufzug für eine echte Errungenschaft. Das sei eine Geschichte, wo die Nutzer der Bücherei, der Musikschule, usw. zu jeder Zeit barrierefrei auf alle drei Ebenen kommen können. Das sei bis heute nicht da. Und das werde auch ermöglicht durch diese Planung. Sie könne nur an alle appellieren, dieser Planung zuzustimmen, weil es eine gute Planung für diese Stadt ist.

Herr Schmitz-Porten beglückwünschte die Verwaltung zu der Vorlage. Man habe bereits einen Termin gehabt, bei dem die drei Varianten vorgetragen wurden, Die Verwaltung habe die Richtige ausgewählt, nämlich die Vorzugsvariante. Einerseits, weil sie machbar erscheint, was Eingriffe anbelangt, zum anderen, weil sie finanziell nicht die Belastung hat, die die Variante 3 gehabt hätte.

Variante 1 habe bedauerlicherweise nicht mehr das Fontänenfeld, das ihm damals sehr am Herzen gelegen habe. Man brauche ja kein Feld. Ihm würde eine Fontäne ausreichen. Er habe die Hoffnung noch nicht ganz aufgegeben. Aber man würde diese Variante, als richtige Variante ansehen.

Es gebe jetzt aber folgende Situation: Im Zentrumsausschuss gebe es die alte Tradition der Einstimmigkeit. Er habe gerade von den Kollegen der Grünen gehört, dass sie am Morgen ein paar Fragen gestellt haben. Diese Fragen würden ja sicherlich noch beantwortet werden. Man habe festgestellt, dass die Kollegen sich dort noch schwertun, ohne die Beantwortung der Fragen im Detail zu entscheiden. Er sehe das so ein bisschen noch als Beratungsbedarf. Daran habe man angeknüpft. Er sehe auch ein Nicken von dort. Traditionell sei es ja so, wenn eine Fraktion Beratungsbedarf anmeldet, dies nicht weggebügelt wird mit einer Mehrheitsentscheidung. Es komme noch eins hinzu: man sei derzeit in Haushaltsberatungen. Es gebe viele Fragen der Fraktionen in den Haushaltsberatungen. Der Kämmerer müsse diese Fragen jetzt beantworten. Man habe besondere Verantwortung im Rahmen eines Städtebauprogramms. Und zwar in einer Situation des Haushaltssicherungskonzeptes. Es gebe einen Doppelhaushalt 2018/2019, und dann sei es nicht mehr weit bis 2022. In diesem Haushaltssicherungskonzept sei man verpflichtet, 2022 einen gedeckten Haushalt vorzulegen. Zur Zeit lägen 104 Hochbaumaßnahmen an. Er habe mittlerweile, und das wolle er dann auch öffentlich sagen, Bedenken, dass, wenn man so weiter wirtschaftete, eventuell 2022 das Ziel gerissen werde Das selbstgesteckte Ziel. Das sei die gemeinsame Aufgabe. Somit sei es nicht ehrenrührig zu fragen, bei jeder Ausgabe, die man beschließe, egal, in welchem Gremium: Muss das sein, ist das leistbar?

Schön wäre die Variante 3 mit dem Fontänenfeld. Fraglich sei, ob man sich das leisten kann. Das gelte allerdings jetzt nicht nur für das Lieblingskind, nämlich die Zentrumsentwicklung, der Urbanen Mitte. Das gelte für alle Haushaltstitel. Ob es für teure Feuerwehrgewerke, die reihenweise in die Scheunen der Ortsteile gestellt werden, oder ob es für Stellenausweisungen gelte. Alle seien aufgefordert, bei jedem Haushaltstitel zu fragen. Und man habe meistens auch Lösungen gefunden. Das gelte für den ganzen Haushalt und selbstverständlich auch beim Wunschprojekt „Zentrumsfertigstellung“.

Und wenn er sehe, dass man Fördermittel bekommt, und das sei bereits gesagt worden, dies seien auch Steuermittel. Auch da sei man verpflichtet zu prüfen, ob man jeden angebotenen Euro aus Fördermitteln annehme und ausbebe. Zumal von den Summen, 2,5 Mio € stehen in Rede, 30% von der Stadt zu zahlen seien. Diese 30% fehlten eventuell bei anderen Investitionen, die nötig seien, z. B. Feuerwehrwagen, Stellenausweisungen.

Das bedeute, bei jeder Maßnahme müsse man die Finanzmittel zur Verfügung stellen. Man könne sie nur einmal ausgeben. Und somit sei das Wünschbare nicht immer auch das Machbare. Und wenn man es machbar machen wolle, müsse man genau prüfen.

So verstehe er auch diese Fragestellung und wolle deswegen anregen, auch die Einhelligkeit dieses Ausschusses zu erhalten. Alle seien für eine Variante 1, da sie den Marktplatz zweifellos besser in Funktion setzt und besser gestaltet. Der Marktplatz sei aber auch jetzt begehbar, es gebe eine Spielfläche, Bänke und Grün. Und man könne auch Veranstaltungen darauf machen.

Diese seien nach einer Umgestaltung besser möglich durch besseres Licht, durch Verlegung des Kinderspielplatzes und mit einem breiteren Raum vor dem Extrablatt. Nicht zuletzt sei es nachhaltiger und irgendwann notwendig, den Belag auszuwechseln. Das wäre jetzt mit Fördermitteln möglich. Hier seien alle einer Meinung, dass das eine gute Lösung wäre.

Er fragte den Beigeordneten, ob es möglich sei, die Haushaltsberatungen zu nutzen, die bis zum 6.12.2017 abgeschlossen sein müssen. Es würden zwei Haupt- und Finanzausschüsse (HaFa) stattfinden, wo genau hin und her gewogen werde, wieviel Geld wofür zur Verfügung stehe. Man werde sich schwertun zu entscheiden, wo mehr, wo weniger. Er wollte wissen, ob man als Ergebnis dieser Haushaltsberatungen dann auch diese Maßnahme mitentscheiden und verantworten könne.

Seine persönliche Meinung sei, ja. Aber darauf komme es nicht an. Man wolle ja als Rat entscheiden. Man solle sich diesen Haushaltsvorbehalt gönnen und sagen, man entscheide dann am 6.12.2017. Dies habe man schon oft gemacht: Debatte im Fachausschuss, Entscheidung im Rat. Übliches Verfahren bei besonders wichtigen Dingen. Er halte dies für eine besonders wichtige Maßnahme, denn es gehe um 750.000,-- €, die man hier investieren will.

Er habe hier gerade für seine Fraktion deutlich gemacht, dass man gerne noch diese Zeit nutzen will, das Gesamtensemble der städtischen Ausgaben noch einmal abzuspiegeln. Er könne zusagen, dass man am 6.12.2017 dann für eine Entscheidung zur Verfügung stehe. Insoweit jetzt der Antrag und die Entscheidung am 6.12.17.

Er wollte vom Beigeordneten wissen, ob man sich dies erlauben kann, ob er heute eine Entscheidung haben muss oder ob er sagen kann: Na gut, wenn Ihr am 6.12.2017 entscheidet, geht es auch noch.

Herr Pätzold erklärte, dass seine Fraktion sich nicht gegen eine Umgestaltung der Marktplatte wehre. Auch sie sehe es so, dass eine deutliche gestalterische Anpassung daran erfolgen muss, was an Belägen im Bereich des HUMA bereits vorhanden ist. Es sei sicherlich vieles auch wünschenswert, aber es gebe dort ein paar Dinge, die seiner Fraktion Bauchschmerzen machen.

Er kenne die Marktplatte noch in roter Farbe. Das bedeute, dass er sehr intensiv die Planungen und Vorbereitungen für die letzte Umgestaltung mitbekommen hat. Er habe auch eine ganze Reihe von Problemen mitbekommen im Nachgang zu der damaligen Umgestaltung, was die Belastbarkeit und zusätzliche Unterzüge betraf,

die nachträglich eingebaut werden mussten, damit die Feuerwehr überhaupt wieder darauf fahren konnte.

Er sei sehr dankbar, dass Herr Kallenbach und Frau Lorenz dies diesmal im Prinzip geprüft haben und dies auch wohl etwas besser als das letzte Mal. Nur, jeder wisse, beim Bauen im Bestand gibt es immer Unwägbarkeiten, die man nicht sicher vorhersagen kann.

Das bedeute, es gebe jedes Mal das Risiko einer Kostensteigerung. Und das sei etwas, was man in der derzeitigen Situation überhaupt nicht brauchen könne. Wenn er dann im Abstand von einer Woche eine andere Vorlage bekomme für den Gebäude- und Bewirtschaftungsausschuss, in der das gleiche technische Dezernat darlege, 80%ige Kostensteigerungen seien damit zu begründen, bei Tiefbauleistungen sei in den vergangenen Monaten deutlich festzustellen, dass die Preise stark ansteigen, komme hier ein zusätzliches Risiko dazu, das, wie er meine, man deutlich minimieren müsse. Es seien drei Sitzungsvorlagen nächste Woche im Gebäudeausschuss, wo ähnliche Kostensteigerungen enthalten seien und überplanmäßige Ausgaben erforderlich werden.

Der Verwaltung sei es sehr gut gelungen, aus einer schönen Planung eine sehr viel funktionalere Planung zu machen, wie sie in der Vorzugsvariante vorgeschlagen hat. Es sei also mit Nichten so, dass man sie vom Grundsatz her schlecht finde, auch, wenn ihm persönlich nicht alles daran gefalle. Aus seiner Sicht werde der Spielwert in dem Bereich deutlich geringer, allein durch die Vereinfachung des Wasserlaufes. Allein das Wasser sei das gewesen, was die Kinder magisch angezogen hat, in den Sommermonaten. Er habe jahrelang auch sein Büro in diese Richtung gehabt. Das Wasser sei lange Zeit das Einzige gewesen, was wirklich Leben auf die Marktplatte gebracht hat. Außerdem gebe es offensichtlich in der Verwaltung einen zunehmenden Hang zu immer kleineren Bäumen, die nur noch Bäumchen sind. Er habe das im Bereich vom Jugendzentrum gesehen. Klar seien da sechs Bäumchen eingezeichnet, aber in viel zu kleinen Baumscheiben.

Hier sei man auf einem Bauwerk. Da könne man nicht pflanzen, wie im eigenen Erdreich. Die Bäume, die jetzt da stehen, hätten mit großem Aufwand seinerzeit einen sehr großen Wurzelraum bekommen. Das, was jetzt vorgesehen sei, sei gerade mal $\frac{1}{4}$ von dem. Er wisse, wie es in dem Boden aussieht. Es sei klar deutlich kleiner, und man werde mehr noch als bei der letzten Umgestaltung den Vorwurf bekommen, dass Sankt Augustin immer grauer wird, und das Grün verschwinde. Das sei etwas, was man wissen muss, auch bei der Vorzugsvariante 1, auch bei der Variante, die er von den in Frage kommenden, bei den hier vorgestellten mit Abstand für die Beste halte. Er denke, die Kosten sind einfach zu hoch und man kann sich das in der gegenwärtigen Situation nicht leisten. Man müsse da abspecken und alles beschauen.

Herr Puffe verwies auf die Ausführungen von Frau Feld-Wielpütz. Man könne nicht die Laternen gerade stellen und anschließend sagen, die Marktplatte sei umgestaltet. Hinsichtlich der Ausführungen von Herrn Schmitz-Porten erläuterte er, dass die Haushaltssituation derzeit so ist, wie sie ist. Man müsse wohlüberlegt handeln und die Gedanken kreisen lassen, was investiert wird und was nicht. Man habe hier einen Prozess, bei dem man über viele, viele Jahre mit den Bürgern gemeinsam ein Beteiligungsverfahren durchgeführt habe. In dieser Stadt habe es so etwas vorher bei keinem Projekt gegeben. Man habe Bürgerforen durchgeführt, wo ein ganz zentraler Punkt neben dem HUMA dieser Platz war. Es sei jetzt der Zeitpunkt, wo man wisse, dass die Verwaltung in schnell eine Entscheidung braucht.

Er könne ja nur dringend daran appellieren, dass man spätestens in der Ratssitzung entscheidet, wenn hier eine Vertagung gewünscht wird. Besser sei eine Sondersitzung, damit es diese Diskussion nicht im Rat gibt. Dies werde nämlich dieser ernstesten Sache in keinsten Weise gerecht. Man solle vorher hier in diesem Gremium gemeinsam entscheiden. Er könne nur den Dank an die Verwaltung wiedergeben. Man habe die Verantwortung an die Bürgerinnen und Bürger, hier zu einem Ergebnis zu kommen und das ordentlich umzusetzen.

Herr Züll erklärte, bereits vor der Sitzung gefragt worden zu sein, ob die FDP-Fraktion gegen die Variante sei. Er habe gesagt, dass man am Vorabend Fraktionssitzung gehabt habe. Man habe das Ergebnis der Vorstellung, die dankenswerter Weise ja sehr ausführlich von der Verwaltung gewesen sei, noch mal kurz Revue passieren lassen.

Er habe keine E-Mail von Bündnis90/Die Grünen weitergeleitet bekommen, dass die Fragen zum Zustand der Statik des Markplatzes noch nicht beantwortet sind. Schriftlich habe man es nicht, aber die Verwaltung habe wörtlich gesagt, das sei soweit in Ordnung. Er glaube, es seien noch ein paar Kolleginnen und Kollegen mehr im Raum gewesen, die das auch so wahrgenommen haben.

Es sei signalisiert worden, dass man da noch was Schriftliches bekomme. Er denke aber, es gehört auch zum politischen Stil, wie man miteinander umgeht. Wenn solche Fragen noch nicht dort angelandet seien, wo sie hingehen sollten, solle man nicht einen Tag vor der Sitzung sagen, dass da noch etwas fehlt. Er unterstellte, dass es am Vortag rausgegangen ist, und nicht erst am Sitzungstag. Man solle dann bitteschön ein oder zwei Tage vorher sagen, dass da noch etwas fehlt, was man braucht.

Man habe im Moment eine Dichte von Beratungen und Sitzungen in einer Schulferienzeit, wie er sie noch nicht gekannt habe. Aber das heiße doch bitteschön nicht, dass man einen Konsens, der praktisch schon früh in Anhörungen und Beratungen mit den Menschen in dieser Stadt gefunden wurde, aufschiebt und jetzt auf einmal sagt, man müsse noch mal in Klausur gehen.

„Demokratie“ heiße auch, dass es auch mal eine Mehrheitsentscheidung gibt, auch wenn es noch so schön ist, dass man Konsens hat.

Man habe auch andere Projekte, z. B. den Flächennutzungsplan. Da sei es auch nicht immer komplett einstimmig gewesen. Auch beim Stadtentwicklungskonzept habe man versucht, auf einander zuzugehen. Aber dann sei auch irgendwann einmal so ein Punkt erreicht worden.

Wenn er geahnt hätte, in welche Richtung das hier heute Abend läuft, dann hätte er noch ein paar alte Protokolle aus dem Zentrumsausschuss der letzten paar Jahre mitgebracht. Alle hätten Forderungen an den privaten Investor gerichtet, was er war noch schöner machen soll. Die letzten Wünsche habe er eben gehört.

Es koste natürlich auch das Geld des Steuerzahlers. Auch die Fördermittel, die man bekomme. Aber es sei doch nicht so, als ob die Idee, dass man hier richtig Geld in die Hand nehmen muss, aus Steuermitteln, neu ist. Und jetzt komme auf einmal, dass man sich da noch mal und irgendwie zusammensetzen und eine Sondersitzung machen will.

Er werde an der Sondersitzung nicht teilnehmen. Für ihn sei das Thema soweit geklärt, und man habe ausführlich Zeit gehabt, auch in der Sitzung dieses Arbeitskreises, sich darüber zu informieren. Er bitte wirklich darum, darüber nachzudenken, ob wirklich der Wunsch nach Vertagung geäußert wird. Er sei lange genug im Zentrumsausschuss, dass er das immer akzeptiert hat. Er würde einem Beratungsbedarf zustimmen. Aber was solle denn in der Sondersitzung noch Neues

herauskommen? Die FDP stehe auch gegenüber der Bürgerschaft, den Einwohnern, den Steuerzahlenden hier.

Der Vorsitzende erinnerte daran, dass alles gesagt worden sei, wie sich das in den letzten Jahren entwickelt hat. Und über die aktuelle Situation habe man sich im interfraktionellen Arbeitskreis informieren können. Das sei natürlich nicht bindend. Aber da seien aus jeder Fraktion mindestens zwei Personen anwesend gewesen. Es sei sehr offen diskutiert worden. Es sei damals auch schon von Herrn Kallenbach und Frau Lorenz sehr gut vorbereitet und vorgestellt worden. Es sei auch sehr gut gegliedert dargestellt worden. Jetzt sitze man heute im Zentrumsausschuss und er bitte, jetzt nachzusehen, was zu beschließen ist.

Man habe erst mal nur die Vorentwürfe zur Kenntnis zu nehmen. Und dann habe man ein bisschen zu beschließen und zwar die Planung auf der Grundlage der Version 1 weiterzuführen. Das könne durchaus modifiziert werden. Es könne ja auch noch 1b herauskommen.

Es sei auch selbst von der SPD geäußert worden, dass man gerne noch eine Fontäne dabei haben möchte. Es sei ein Beschluss herbeizuführen auf der Grundlage eines Beschlussvorschlages.

Er habe den Beschlussvorschlag hier liegen. Er habe dargestellt, was in den letzten zwei Wochen besprochen wurde.

Es seien Fragen gestellt worden, ohne Frage etwas kurzfristig. Er habe sie gerade erst auf den Tisch bekommen. Aber man müsse natürlich auch unter Umständen mit Mehrheit beschließen. Dies entscheide der Ausschuss und nicht er als Vorsitzender.

Herr Gleß erklärte, gerade das Zeitfenster erläutert zu haben. Bis zum 22. Dezember 2017 müsse der Förderantrag gestellt sein. Ansonsten könne man das Programm 2018 knicken. Bis dahin seien noch Arbeiten zu erledigen. Er könne versuchen, dies intern zu machen. Dann wären einige Umstrukturierungen innerhalb der Verwaltung erforderlich. Dafür brauche er natürlich ein Signal. Er müsse schon wissen, ob er seine Mitarbeiter veranlassen muss, die Arbeiten durchzuführen, die dann geleistet werden müssen, die Leistungsphasen dann entsprechend darzustellen, wie sie dargestellt werden müssen. Da brauche er in irgendeiner Form schon ein Signal. Er habe angenommen, dieses Signal bereits zu haben, nämlich das Signal auf der Grundlage des Masterplans Urbane Mitte. Er habe angenommen, dass es gut gewesen ist, einen interfraktionellen Arbeitskreis zu machen, etwa drei Wochen zuvor. Er habe angenommen, dass es gut gewesen ist auch darzustellen, dass die Verwaltung sich bemüht, natürlich die Kosten irgendwo soweit es irgend geht, einzusparen.

Die Verwaltung habe aufgeführt, dass es ein modulartiger Aufbau ist. Man sei bei einem Betrag von insgesamt 2,5 Mio €. Damit sei man bereits bei 20%. Man müsse dies noch genau ermitteln, denn die Genauigkeit von Zahlen sei sehr wichtig. Nehme man den Teilbereich der Verlängerung zur Konrad-Adenauer-Stiftung heraus, seien es noch einmal 200.000,-- €. Nehme man die Mewasseret-Zion-Brücke heraus, habe man noch einmal 55.000,-- € gespart. Nehme man noch den Aufzug mit 450.000,-- € heraus, sei man schon bei 40%.

Er habe geglaubt, alle Möglichkeiten geliefert zu haben, in der heutigen Sitzung zu einer Entscheidung gelangen zu können. Er könne nicht verstehen, dass es nicht so ist. Er brauche ein Signal, seine Mitarbeiter damit beschäftigen zu können, notfalls auch ohne externe Auftragsvergabe.

Im Übrigen habe man auch immer mal wieder darüber diskutiert, dass die Fachausschüsse immer die fachlichen Entscheidungen treffen und wenn es

Empfehlungsbeschlüsse für den Rat seien, seien die politischen Entscheidungen zu treffen.

Frau Feld-Wielpütz erklärte, sie interpretiere es jetzt so, dass der 6.12.2017 denkbar knapp und alles andere als optimal für die Verwaltung ist, dieses Signal zu bekommen, wenn der Abgabeschluss der 22.12.2017 und die letzte Ratssitzung am 6.12.2017 ist.

Die ganzen Ausführungen von der Verwaltung und auch dem Kollegen Züll könne sie unterschreiben.

Ihre Fraktion habe auch die ein oder andere Kröte zu schlucken. Dazu komme sie dann noch. Ich wisse jetzt nicht, was hier jetzt passiert. Merkwürdig sei, dass Herr Schmitz-Porten Beratungsbedarf beantragt. Dies habe er nicht offiziell, sondern es infrage gestellt für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen.

Ihr sei im Moment noch nicht klar, wer was will.

Man könne abstimmen. Sie gebe dann noch eine Erklärung für die CDU-Fraktion zu einem Thema ab, wo man sich eingehend mit beschäftigt habe. Man habe dann aber auch gesagt, das Ganze sei wichtig und man wolle das umsetzen.

Wenn jetzt Beratungsbedarf besteht, solle dies bitte gesagt werden. Dann müsse das formuliert werden, und dann müsse man über den Beratungsbedarf sprechen. Diesen würden sie, den Gepflogenheiten nach, immer anerkennen und immer anerkannt haben.

Sie halte es falsch, die Ratssitzung anzufahren. Wenn man den Beratungsbedarf akzeptiert, sei auch die Sondersitzung oder die Ratssitzung die Konsequenz. Man wisse, dass mit der Ratssitzung im Dezember der Haushalt eingebracht wird. Dann sei jedes Thema wichtig. Sie halte es nicht für adäquat, dieses Thema dort schlusszubesprechen.

Dann müsse man sich in diesem Gremium noch mal treffen. Wenn es so gewollt ist, müsse eine Sondersitzung her, und zwar zeitnah.

Herr Günther erklärte, seine Fraktion habe sehr frühzeitig gesagt es mitzutragen, wenn etwas am Marktplatz gemacht werden soll. Aber man müsse jedes einzelne Projekt unbedingt vor dem Kostenhintergrund und dem Hintergrund des Haushaltes hinter schauen. Es sei ihnen dann gesagt worden, dass dies später gemacht wird, und dies wurde immer weiter verschoben. Sie hätten sich nicht dagegen gewehrt, sondern es akzeptiert.

Jetzt sei man in der Situation, wo eine Zeitenge erzeugt worden ist, die schon öfter mal in Projekten vorgekommen ist. Hierüber sei er sauer.

Also habe man sich darauf eingelassen, dass das zu einem späteren Zeitpunkt ausführlich beraten wird. Nun habe man sich in der Arbeitsgruppe getroffen und das erst mal in Gänze vorgestellt bekommen. Man habe letzten Montag die Fraktionssitzung gehabt. Die Diskussion sei neu ausgebrochen. Man habe extra gesagt, dass man die Module aufgestellt haben will. Das, was hier steht, seien die Teilbereiche. Man wolle die Aufstellung über die Module, das Fontänenfeld, den Wasserlauf, den Kinderspielplatz, die Aufweitung der oberen Ebene, den Fahrstuhl. Man bestehe darauf, dass der Fahrstuhl kommt, weil das unbedingt wichtig sei. Man wolle in Detailmodulen sehen, ob man nicht auf etwas verzichten kann, um die Kosten noch zu reduzieren, ohne dass am Marktplatz gar nichts gemacht wird.

Herr Schmitz-Porten gab zu Bedenken, dass man sich im Zentrumsausschuss befinde und dies eine besondere Verpflichtung sei. Man habe immer sehr gut zusammengearbeitet und am Ende eine gemeinsame Lösung gefunden. Das wolle

man, glaube er, jetzt auch. Und im Zentrumsausschuss sei dies auch einfach, weil es ja immer aufwärts gehe. Und es seien immer wunderbare Module gebaut worden. Man habe den HUMA gebaut, und das sei alles sehr gut gelaufen.

Man solle versuchen, zu der Einigkeit zu kommen, die man immer hatte. Dies sei auch möglich.

Er habe hier niemanden gehört, der gesagt hat, dass die Variante 1 keine tolle Variante ist.

Das einzige, was noch vorliege, sei, dass die Grünen eine Anfrage gestellt haben. Er habe dies als Beratungsbedarf interpretiert und dann ein Nicken bekommen. Deswegen habe er eingebracht, dass ein Zentrumsausschuss nicht die letzte Entscheidung hat, sondern der Rat. Und im Rat sei zu entscheiden, wie es weitergeht mit der Stadt und den Finanzen.

Seine Fraktion berate gerade über die gesamten Ausgaben. Das Ziel sei, bis 2022 den Haushalt auszugleichen. Er habe hier die größten Bedenken, wenn man so weitermacht, wie bisher.

Er wollte vom Beigeordneten wissen, ob er heute eine Entscheidung braucht oder sonst die Fördermittel weg sind.

Herr Züll teilte mit, bisher noch nicht mitbekommen zu haben, ob es einen Vertragungsantrag gebe

Er machte den Vorschlag, heute die Variante 1, zu begrüßen und empfehlen, die Verwaltung solle auf dieser Basis weiterarbeiten. Die Entscheidung, ob die Variante 1 genommen wird, solle im Lichte des Haushalts in einer der beiden Sitzungen des Hafas getroffen werden. Denn da gehöre es klar hin. Man habe die fachliche Meinung im Zentrumsausschuss abgegeben. Und wenn man sage, im Lichte des Haushalts, dann müsse es in den Hafa.

Bis dahin könne man sich noch mal austauschen.

Herr Gleß befand den Vorschlag von Herrn Züll für gut. Er brauche lediglich die endgültige Entscheidung des Rates. Es müsse dann im Beschlussvorschlag mit auftauchen, dass der Hafa dann zwischenzeitlich berät. Aber er brauche die Entscheidung des Rates. Er bekomme vom Zentrumsausschuss die fachliche Entscheidung, so, wie es die Beschlussvorlage vorsehe, aber die endgültige Entscheidung trieffe dann nicht der Hafa, sondern der Rat am 6.12.2017.

Der Vorsitzende schlug vor, nach Punkt 1 der Beschlussvorlage beschließen zu lassen.

Herr Schmitz-Porten erklärte, dass der Vorschlag interessant klinge, der Hafa dafür aber nicht zuständig sei. Man könne nicht den Zentrumsausschuss durch den Hauptausschuss ersetzen. Es gehe nicht nur darum, ob man Variante 1 im Hauptausschuss beschließt. Dann könne man es auch im Rat machen. Dort werde nicht inhaltlich diskutiert. Da müsse dann der Zentrumsausschuss wieder ran. Sinn mache das Ganze nur, wenn man überlegt, wie weit man finanziell in der Lage ist, etwas zu machen, in der Stadt Sankt Augustin. Und wenn man finanziell meine, man könne sich etwas erlauben, und etwas nicht, dann gelte das genauso für die Variante 1 im Gegenchecken mit den Haushaltsmitteln.

Ob es möglich sei, 750.000,- € für die Marktplatte auszugeben, ja oder nein? Das könne man heute nicht entscheiden.

Man wolle das entscheiden, wenn die Haushaltslage geklärt ist. Dafür gebe es die Haushaltsberatungen. Ob man 750.000,- € in die Marktplatte hineinbringen und ob

seine Fraktion dies verantwortlich machen könne, könne man heute nicht entscheiden. Insoweit habe man Beratungsbedarf. Und deswegen müsse man überlegen, ob man, wenn nicht 750.000,-- €, das heißt, das komplette Programm machen, oder beispielsweise die obere Verbreiterung weglassen. Aber wenn man irgendwo sparen wolle, müsse man ja ein spezielles Modul haben und dann konkret sagen, wo man eventuell Gelder einsparen will. Ob man das müsse, könne man erst entscheiden, wenn der Haushalt durchberaten sei.

Die Stadt Sankt Augustin sei nämlich eine arme Stadt.

Es gebe 104 Maßnahmen. Und wo man 750.000,-- € einsetzt, müsse sehr gut überlegt sein.

Es verwehre nichts, wenn man entsprechend der Vorlage dem Rat empfiehlt, den Beschluss zu fassen. Wenn jetzt richtig eingewendet wird, man könne im Rahmen der Ratssitzung nicht diskutieren, ob da eine Oberflächenverbreiterung nötig ist oder nicht, sei dies richtig. In dem Fall beantrage er gleichzeitig, mit der Bitte, dass die Fraktionen zustimmen, die Gelegenheit zur Beratung zu geben. Die CDU-Fraktion habe dies vorher selbst eingebracht. Eine Sitzung in der Woche vor der Ratssitzung sei sinnvoll. Es müsse keine lange Sitzung sein, weil man sich vorher verständigen könne. Dies führe das zu einem guten Ende, und alle seien glücklich.

Frau Feld-Wielpütz merkte an, dass die SPD-Fraktion mittlerweile sage, sie habe Beratungsbedarf, obwohl sie vorhin gesagt hat, sie sei eigentlich für die Variante 1. Dies habe ihre Fraktion zu respektieren.

Sie habe aber ein Problem, wenn sich dort nur die Sprecher der Fraktionen treffen. Dann müsse das ganze Gremium, der Ausschuss, eingeladen werden, und dann sei das eine offizielle Sitzung des Zentrumsausschusses. Dann werde man das an der Stelle auch noch mal inhaltlich diskutieren. Zum Verständnis wollte sie wissen, ob es dann nur noch um eine Diskussion bezüglich der Finanzen oder auch um eine inhaltliche Diskussion gehen soll. Herr Schmitz-Porten habe es gerade auf die haushalterische Schiene gebracht und im Grunde genommen die Detailfragen nicht mehr gestellt.

Sie wies darauf hin, dass bei der CDU-Fraktion die Fragen der Fraktion Bündnis90/Die Grünen erst am selben Morgen eingegangen seien. Sie selbst habe den ganzen Tag gearbeitet und keine Gelegenheit, Fragen und Antworten zu lesen. Da wäre sie auch verbunden, demnächst so etwas früher zu kriegen.

Die Marktplatte sei eine Planung, die man seit fünf Jahren habe.

Zu seinem Verständnis fragte der Vorsitzende noch mal nach, ob es richtig sei, dass die SPD-Fraktion den Antrag auf Beratungsbedarf gestellt hat und sich dem die anderen Fraktionen fügen. Dies sei ja meistens ohne formale Abstimmung akzeptiert worden. Er sehe hier, dass die anderen Fraktionen das akzeptieren.

Herr Puffe teilte mit, dass natürlich zu akzeptieren. Man habe das ja mit der Sondersitzung selbst vorgeschlagen. Aber er tat kund, die Argumentation des Herrn Schmitz-Porten mehr als schwach zu finden. Er halte das für einen absoluten Eiertanz, auch von der SPD-Fraktion, die sage, sie beschließe hier etwas nicht und vertage es, damit man in der Ratssitzung oder einer Sondersitzung beschließe, unter dem Vorbehalt des Haushaltes. Das könne man von Januar bis Dezember zukünftig mit jeder Entscheidung machen, wo es ums Geld geht, und sagen, man müsse ja erst den Haushalt beraten. Das finde er relativ schwierig.

Herr Bäsch erklärte, dass die Variante 1 auch ihre Vorzugsvariante sei. Die Kernfrage letztendlich sei, zu welchem Preis. Das heiße, man rede über Kosten und über die Art der Ausführung. Man müsse sagen, dass man diesen Weg schon länger gegangen ist, und auf einem Weg können Dinge passieren oder ergeben sich neue Erkenntnisse.

Man habe jetzt aktuell die Haushaltsberatungen, die ganz gewichtige Gründe anführen, sich solche Kosten mal ganz genau anzuschauen. Es gebe jetzt diese Entwicklung, dass man exorbitante Kostensteigerungen hat, gerade in den Tiefbaubereichen. Man habe Unwägbarkeiten, was die Statik angeht, und dass man im Prinzip schauen müsse, wie man den Bau so ausführen kann, dass es nicht weitere Kostensteigerungen nach sich zieht. Hier gebe es eben ein gewisses Risiko. Das müsse man immer in Verbindung mit dem Haushalt sehen und letztendlich müsse man schauen, ob man das in dem Umfang Kosten-Nutzen-Betrachtung tatsächlich voll verantworten kann.

Es gehe darum, das noch mal zu überprüfen, weil es da neue Erkenntnisse gibt. Diese hätten sich in der Entwicklung der letzten Wochen ergeben, sei es vom Haushalt her, sei es von den Erfahrungen her, die vom Gebäudeausschuss mit der Beauftragung vorliegen.

Der Vorsitzende merkte an, es sei selbstverständlich, dass der Haushalt ausgeglichen sein muss. Da seien ja viele Posten, und da könne man ja auch neue Prioritäten setzen, weil man wisse, dass dies die Ausschüsse beschlossen haben. Es gebe Posten, wo man an den Zahlen nichts mehr ändern kann, aber andererseits kann man da sicherlich auch noch Dinge modifizieren.

Aber grundsätzlich könne man jetzt nicht bei jedem einzelnen Beschluss sagen, man müsse erstmal den Haushalt abwarten. Hier sei praktisch nur darüber zu befinden, wie weit man sich denn überhaupt bindet. Dies seien im Grunde genommen nur die Leistungsphasen 5 bis 8.

Es gehe um Investitionskosten. Diese würden abgeschrieben und daher werde der Haushalt ja gar nicht in dieser Höhe belastet.

Insofern bestehe in seinen Augen kein Problem darin, wenn der Punkt 1 so, wie er vorliege, beschlossen wird.

Insofern würde er persönlich es jetzt als Vorsitzender begrüßen, wenn der Beschluss gefasst werden könnte.

Aber, wenn die SPD-Fraktion Beratungsbedarf anmelde, dann gehe er davon aus, dass die anderen Fraktionen sich danach richten.

Herr Dr. Frank merkte an, es sei gut, dass der Vorsitzende sich um Verständigung bemüht. Er meine aber, der Beschluss zu Nr. 1 bedeute, dass die die Version 1 verabschiedet sei. Damit stünden alle in der Version 1 enthaltenen Einzelmaßnahmen fest. Wenn aber noch über Inhalte geredet werden solle, weil man andere fachliche Ideen hat oder weil man abspecken will, dann könne man Variante 1 nicht beschließen.

Herr Gleß wies ausdrücklich darauf hin, dass, wenn nach dem 29. November im Rahmen einer Sondersitzung eine völlig neue Arbeit gemacht werden müsse, die Zeit bis zum 22. Dezember leider nicht mehr reichen werde. Darauf müsse er hinweisen. Deswegen sei es ihm auch so wichtig, dass sich der Ausschuss dann verständigen kann, auf einer Grundlage, die er dann benennen könne, Variante 1.

Der Vorsitzende stellte fest, dass die SPD Beratungsbedarf hat. Er fragte nach, ob eine Sitzungsunterbrechung gewünscht ist, was die SPD-Fraktion verneinte.

Herr Züll fragte den Ausschuss, ob man nicht den Mut habe, einzeln wie man dort sitze, zu sagen, dass man heute abstimme. Wer eine andere Meinung habe, weil er sich in der Zwischenzeit schlauer gemacht hat, könne im Rat den Antrag stellen, anders abzustimmen. Das wäre von seinem Demokratieverständnis her die fast sauberste Lösung.

Frau Feld-Wielpütz fand den Vorschlag von Herrn Züll mehr als bedenkenswert. Es sei nur andererseits so, dass im Ausschuss dieses ungeschriebene Gesetz bestehe. Die CDU-Fraktion habe sich immer daran gehalten, dass der Beratungsbedarf respektiert wird. Jetzt stelle sich hier aber heraus, dass mehr als schwierig ist, in dieser kurzen Zeitschiene einen Termin zu finden. Man habe diese Situation in dieser Form noch nicht gehabt. Daher solle eigentlich die beratungsbedarfbeantragende Fraktion vielleicht mal gucken, ob man nun eine Sitzungsunterbrechung macht und ob es da nicht einen Lösungsansatz gibt. Dass man noch mal in sich geht und überlegt. Dann müsse sie auch mit ihren Kollegen sprechen und wisse nicht, inwieweit die dann bereit sind, hier zu sagen, Sitzungsbedarf, Beratung usw., wenn die Verwaltung dadurch in derartige Schwierigkeiten kommt. Dann komme es nachher zu Problemen, was die Fördermittelaquise angeht. Das werde ihre Fraktion nicht riskieren. Dies wolle sie an der Stelle ganz klarmachen.

Herr Günther teilte mit, dass seine Fraktion auch Beratungsbedarf habe und zwar zum Tagesordnungspunkt und nicht zu einzelnen Beschlussvorlagen. Der Beratungsbedarf bestehe, weil man sich innerhalb der Fraktion abstimmen wolle, wie man weiter vorgehen soll.

Herr Dr. Büsse teilte mit, er als Vorsitzender habe sauber festgestellt, dass die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis90/Die Grünen Beratungsbedarf haben. Es sei natürlich trotz allem möglich, dass man auch normal abstimme, wie das Herr Züll oder andere gesagt haben.

Herr Züll teilte mit, er rege an, dass der Ausschussvorsitzende ohne Abstimmung entsprechend alter Gepflogenheit den Tagesordnungspunkt beendet mit dem Hinweis auf Beratungsbedarf der zwei Fraktionen.

Herr Heikaus schlug vor, über den Beratungsbedarf abzustimmen.

Die anderen Ausschussmitglieder äußerten sich hierzu ablehnend.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass zwei Fraktionen den Beratungsbedarf angemeldet haben. Auch, wenn es sicherlich eine andere Mehrheit gegeben hätte. Aber das Entscheidende sei, dass man vertagen muss, wenn die anderen Fraktionen das akzeptieren.

Im Anschluss daran einigte man sich auf den 29.11.2018, 18:00 Uhr, als Termin für eine Sondersitzung des Zentrumsausschusses zu diesem Thema.

Anschließend schloss der Vorsitzende diesen Tagesordnungspunkt ab.